

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

12.3.1869 (No. 60)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 12. März.

N. 60.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 24. v. Mts. wird dem Stabsquartiermeister Leonhard Krieg die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß, das ihm von Seiner Majestät dem König von Württemberg verliehene Ritterkreuz des Friedrichs-Ordens anzunehmen und zu tragen, ertheilt;

ferner werden der

Gefreite Eduard Kunzle und im Feld-Artillerie-Regiment Unteroffizier Mar Jeroni zum Portepeschführer ernannt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Wien, 11. März. Der Reichsrath nahm heute die Etats des Justizministeriums, der Staatsschuld, der gemeinsamen Ausgaben, sowie die entsprechenden Bedeckungen, sodann das Finanzgesetz für 1869 ohne Debatte nach den Ausschlußparagrafen an.

† Brüssel, 10. März. Der Senat genehmigte den Etat des Justizministeriums mit 32 gegen 28 Stimmen.

† St. Petersburg, 10. März. Durch einen Kaiserl. Befehl ist dem russischen Botschafter in Konstantinopel, General Ignatieff, ein dreimonatlicher Urlaub ertheilt worden.

† London, 11. März. Die „Morning Post“ meldet: Gestern ist zwischen Frankreich und Belgien ein Uebereinkommen abgeschlossen worden, dahin gehend: die Entscheidung über die Eisenbahnfrage einer gemischten Kommission zu unterstellen.

Washington, 10. März. Präsident Grant hat das Entlassungsgesuch Stewart's angenommen. — Das Abgeordnetehaus hat die Kemterbill mit 143 gegen 16 Stimmen widerrufen.

* New-York, 9. März. Nachrichten von Cuba melden, daß 4000 Insurgenten unsern Puerto-Principe mit großen Verlusten geschlagen worden sind.

Deutschland.

Karlsruhe, 11. März. Der heute erschienene „Staatsanzeiger“ Nr. 7 enthält (außer Personalnachrichten): Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachung des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. Die Ertheilung des Exequatur an den zum Kön. bayerischen Konsul ernannten Bankier Albert Haas betreffend. 2) Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern. a) Die Vergebung eines Freiplatzes in dem weiblichen Lehr- und Erziehungsanstalt zu Offenburg betreffend. b) Die Aufnahme von Zöglingen in die Blinden-Erziehungsanstalt zu Ivesheim im Jahr 1869 betreffend. 3) Bekanntmachung des Handelsministeriums: Die Ertheilung von Erfindungspatenten betreffend. Nachbezeichneten Personen sind Erfindungspatente ertheilt worden: a) unter dem 12. v. M. dem R. Birnelin von Mengen, z. B. Polytechniker in Zürich, für den von ihm erfundenen, durch Zeichnung nachgewiesenen, selbstthätigen Fadenführungsmechanismus, angewendet auf ein Spinnrad, auf die Dauer von drei Jahren; b) unter dem 17. v. M. dem Dr. Adolf Wolpert, Lehrer der Bauwissenschaften an der technischen Fortbildungsschule zu Kaiserlautern, für die an seinem „Rauhe- und Lufttaucher“ angebrachten, durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbesserungen der bereits bekannten Schutzapparate für Schornsteine, Ventilatoren, Laternen u. dgl., auf die Dauer von zwei Jahren. 4) Bekanntmachung des Finanzministeriums: Die Serienziehung für die 93. Gewinnziehung des Lotterielebens von 14 Millionen Gulden in 35-Gulden-Losen vom Jahr 1845 betreffend.

Karlsruhe, 11. März. Wir sind in der Lage, gegenüber entgegenstehenden Andeutungen öffentlicher Blätter wiederholt zu betonen, daß über die Einführung eines Lesebuchs für Volksschulen an maßgebender Stelle weder Entschlüsse gefaßt, noch auch nur Verhandlungen und Beratungen eröffnet worden sind. Sobald der Lehrplan endgültig festgestellt ist, sollen und werden die Erörterungen über das Lesebuch beginnen. Uebrigens ist es selbstverständlich, daß das zu beschaffende Lesebuch nicht mit einem Schlage in allen Klassen eingeführt werden kann, sondern daß man dazu wohl eine angemessene Frist bewilligen wird, damit namentlich diejenigen Kinder, welche bereits im Besitz eines brauchbaren Lesebuchs sind, nicht in die Lage kommen, sich außer demselben ein weiteres Buch anschaffen zu müssen.

Gotha, 10. März. (A. Ztg.) Die Nachricht, daß der Abschluß eines Accessionsvertrags mit Preußen bevorstehe, wird von unterrichteter Seite in Abrede gestellt.

Berlin, 9. März. Bei dem Diner, das der amerikanische Gesandte Bancroft zu Ehren Grant's am 4. d. veranstaltet hatte, ist vom Grafen Bis mar ck ein Toast ausgebracht worden, der nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ wie folgt lautete:

Erlauben Sie mir, meine Herren, Ihre Unterhaltung durch einige Worte über die Veranlassung, welche uns zusammengeführt hat, zu unterbrechen. Dies ist der Tag, an welchem jenseits des Ozeans der siegreiche Feldherr der Verein. Staaten sein Amt als Präsident derselben antritt. Dieses Ereigniß, insofern es von der höchsten Wichtigkeit für die Verein. Staaten ist, hat auch einen besondern Anspruch auf das sympathische Interesse unseres Landes, denn es war ein König von Preußen, es war Friedrich II., welcher bei der Entscheidung der großen amerikanischen Republik ihre Unabhängigkeit als der erste unter den nicht Krieg führenden Mächten begrüßte. Was die späteren Beziehungen zwischen beiden Ländern betrifft, so gereicht es mir zur größten Freude, nicht nur aus meiner persönlichen Erfahrung als preussischer Minister, sondern auch aus den Archiven der preussischen Geschichte es als eine Thatfache hinstellen zu können, daß jenes herrliche Verhältnis, welches von Washington und Friedrich begründet worden ist, niemals die geringste Störung erlitten hat. Nicht nur ist niemals eine Schwierigkeit zwischen beiden Ländern hervorgetreten, sondern es hat sich nicht einmal etwas ereignet, was zwischen ihnen auch nur eine erläuternde Erklärung nöthig gemacht hätte. Es ist deshalb für mich nicht nur eine sehr angenehme, sondern auch eine mir wohl anstehende Pflicht, Sie zu bitten, mit mir in deutschem Weine die Gesundheit des Präsidenten der Verein. Staaten, des General Grant, zu trinken.

Berlin, 10. März. Sitzung des Reichstags vom 10. März.

Minchhausen legt sein Mandat nieder. Der Bundeskanzler übersandte 1) das Wahlgesetz, 2) den rumänischen Postvertrag. Die Postverträge mit Italien, Schweden und den Niederlanden werden in erster und zweiter Lesung fast behaftlos und die Konstantinopelkonvention mit Italien in erster Lesung angenommen. An der Debatte betheiligen sich: Schleiden, Königlicher und Twesten.

Nächste Sitzung Donnerstag. Tagesordnung: Nachtrag zum Bundeshaushalts-Gesetz. Maßregeln gegen die Kinderpest, und Antrag Haugke, betreffend Majorccimida.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. März. Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Aus Berlin geht uns die Mittheilung zu, daß demnächst sehr bedeutende Personalveränderungen im diplomatischen Korps Preußens zu gewärtigen seien. Die Wiederbesetzung des durch die Abberufung des Grafen Uxedom vakant gewordenen Gesandtschaftspostens in Florenz soll das Signal hierzu geben. Gleichzeitig wird bemerkt, daß bei dieser Gelegenheit die Erhebung des Herrn v. Werthner auf den Wiener Gesandtschaftsposten durch einen anderen Diplomaten — man nennt die Grafen v. d. Schulenburg und Fleming als wahrscheinliche Kandidaten — in Aussicht genommen wäre. Schließlich will sich unsere Berliner Mittheilung mit diesen Personalnachrichten nicht zufriedengeben und signalisirt einen bevorstehenden Anlauf des Berliner Kabinetts zu Annäherungsversuchen an Oesterreich.

Italien.

* Florenz, 8. März. Die offizielle „Italienische Correspondenz“ enthält einen beachtenswerthen Artikel vom 7. d. über die Situation Süddeutschlands, dem wir einige bezeichnende Stellen entnehmen. Nachdem das Vorhandensein zweier Gefühlsrichtungen konstatiert ist, einer national-deutschen, welche die Staaten des Südens zu einer engeren Vereinigung mit denen des Nordens drängt, und einer paritätaristischen, welche sie zurückhält, heißt es: „Sobald Kriegsgerüchte in Europa im Umlauf sind, gewinnt die erstere die Oberhand, und hört man von den Militärverträgen mit Preußen, und selbst von dem Anschluß an den Norddeutschen Bund sprechen; sobald aber diese Gerüchte verschwinden und der europäische Horizont sich auflöst, signalisirt die Presse Versuche von Sonderallianzen oder eines Bündnisses zwischen den Staaten des Südens. Diese Symptome sind bezeichnend: sie sprechen es klar aus, daß im Augenblick der Gefahr es nicht mehr Süden noch Norden geben würde, sondern das große Deutschland, geeinigt, ausgerichtet und in Waffen unter der Leitung des Königs von Preußen.“ Am Schluß des Artikels heißt es: „In allen Fällen glauben wir, daß das nationale Gefühl im Süden hinlänglich entwickelt ist, um jeden Versuch eines Bündnisses im Keime ersticken zu lassen, welches zum Zweck hätte, das ein Theil Deutschlands seinen Schwerpunkt in der Macht-sphäre einer fremden Macht suchen sollte.“ Diese Auslassung eines offiziellen Organs des Ministeriums Menabrea erscheint uns auch insofern bedeutsam, als sie annehmen läßt, daß in den gouvernementalen Kreisen Italiens unmöglich Allianzgedanken vorhanden sein können, welche das Gegentheil dieser Auffassung müssen wünschen und anstreben lassen.

* Florenz, 9. März, Abends. Die Abgeordnete Kammer diskutirt das Budget des landwirthsch. Ministeriums. Die mit der Prüfung des Gesetzentwurfs über die Unterrichtsfreiheit betraute Kommission verfolgt eifrig ihre Arbeiten.

Frankreich.

Paris, 9. März. Man schreibt der „Röln. Ztg.“: Die belgische Angelegenheit ist nach immer nicht beigelegt. Die

Frage stellt sich in diesem Augenblick, wie folgt: Die französische Regierung hat bekanntlich von den Erklärungen der belgischen Minister im Brüsseler Senat Akt genommen, daß das neue vorgelegte Eisenbahn-Gesetz durchaus nicht von feindseligen Gesinnungen gegen Frankreich eingegeben worden sei. Hierauf fußend und auf die Angabe Bezug nehmend, daß es namentlich die Schwierigkeiten der Tariffragen seien, welche die belgische Regierung zu ihrem Vorgehen veranlaßten, hat man von Paris aus den Vorschlag gemacht, sich über die Tarife gemeinsam zu verständigen, und dabei in Aussicht gestellt, daß man nicht abgesehen sei, auf Grund der belgischen Voten zu unterhandeln. Als Hr. Beyens hieron in Kenntniß gesetzt war, verließ er scheinlich Paris, um in Brüssel persönlich Rücksprache zu nehmen. Er kehrte bereits heute hierher zurück. Die Frage wird nun von Frankreich gestellt, wie folgt: Gelingt es uns, ein Einvernehmen über die Tariffrage mit der belgischen Regierung zu erzielen, so fallen die Einwände gegen die Fusion der Eisenbahn Arlon-Brüssel mit der französischen Ostbahn fort, und man hat keinen Vorwand mehr, Eintracht gegen diese Vereinigung zu erheben. Es ist schwer, anzunehmen, daß man in Brüssel mit dieser Weise, die Frage zu behandeln und auf rein ökonomische Gebiet zu spielen, ganz einverstanden wäre, und man fängt bereits hier zu argwöhnen an, daß direkte englische Einflüsse im Brüsseler Kabinet weit thätiger und vorwiegender sind, als man bisher geglaubt. . . .

Ich sprach Ihnen gestern von dem Bündniß mit Italien und erwähnte, daß dasselbe wahrscheinlich schon für gewisse Eventualitäten von Souverän zu Souverän zwischen Napoleon III. und Victor Emanuel abgeschlossen worden sei. Ich glaube dies heute dahin ergänzen zu können, daß, nach mehreren Anzeichen zu schließen, diese Konvention wirklich in dem gedachten Geist und mit der Aussicht auf ein korollirendes Bündniß mit Oesterreich etwa in der Mitte des vorigen Monats, Februar, abgeschlossen worden ist. Mit Oesterreich ist man allerdings noch nicht so weit. Dennoch scheint es, daß man irgend Etwas vorbereitet; zum wenigsten wird man Mühe haben, die Reise des Herzogs Gramont von Wien nach Paris durch persönliche Angelegenheiten dieses Diplomaten zu erklären. Jedenfalls wird man allerseits gut thun, die Augen offen zu halten. Die verschiedenen Intrigen, welche in diesem Augenblick einer Entscheidung zusteuern und die sich lebhaftester Unterstützung der Kriegspartei und der Agenten entthronter Fürsten erfreuen, können nicht genug überwacht werden. Nachschrift: Der bekannte italienische vertraute Unterhändler, Graf Bismarck, ist so eben wieder hier eingetroffen; was um so auffälliger erscheint, als ich heute meine gestrige Vermuthung bestätigen kann, wonach Ritter Nigra von Florenz aus ruhig wieder auf seinen Pariser Posten zurückkehren wird, ohne zunächst nach London verjetzt zu werden.

Auch die „Patrie“ bestätigt heute indirekt die Gerüchte, welche in der letzten Zeit in Betreff einer italienisch-französisch-oesterreichischen Verständigung umliefen. Das Blatt sagt:

Sichere Informationen stellen fest, daß eine bezeichnende Annäherung in diesem Augenblick zwischen Italien und Oesterreich stattfindet. Alle Ursachen zu einer Feindschaft haben aufgehört und die beiden Länder begreifen, daß sie Angesichts der Veränderungen in Europa eine neue Politik eröffnen müssen und daß eine Allianz zwischen Florenz und Wien heute in den Interessen der beiden Nationen liegt. Man versichert selbst, daß nach Otern eine Zusammenkunft zwischen dem König Victor Emanuel und dem Kaiser von Oesterreich in einer der Städte am Adriatischen Meer stattfinden wird.

* Paris, 10. März. Sitzung des Gesetgeb. Körpers vom 10. März.

In der heutigen Sitzung entwickelt Hr. Maurice Richard seine Interpellation über die Kirchhöfe von Paris, indem er verlangt, daß der Gesetgeb. Körper, welcher der Vormund der Stadt geworden ist, die Achtung vor der Ruhe der Todten aufrecht erhalte, indem er die Stadt zwingt, die projektirte Straße nicht durch den Kirchhof Montmartre, sondern um denselben herum führen zu lassen. In Bezug auf den Kirchhof von Méry-Dise habe der Hr. Staatsminister ihm eine Erklärung der Regierung zugesichert, deren er gewärtig sei. — Hr. Rouher erklärt, daß, da das Projekt eines Supplementar-Kirchhofs bei Méry Polyreglements und andere förmlichkeiten erheische, sowie die Gründung einer Eisenbahn nöthig mache, worüber nur ein Gesetz entscheiden könne, die Regierung die Absicht hege, alles in statu quo zu lassen, bis dem Gesetgeb. Körper die Frage, sei es durch das außerord. Budget von Paris, sei es durch einen von der Regierung speziell eingebrachten Gesetzentwurf, zur Verathung vorliege.

* Paris, 10. März. Der „Patrie“ gehen aus Brüssel, 9. d., folgende angeblich genaue Nachrichten bezüglich des französisch-belgischen Zwischenfalls zu:

Als das Kabinet seine Absicht ankündigte, den Kammeren den Gesetzentwurf bezüglich der Eisenbahnen vorzulegen, bekämpfte der König, welcher die gerechte Empfindlichkeit Frankreichs begriff und die Schwierigkeiten vorherzuseh, die er Belgien bringen werde, ihn auf's Lebhafteste; aber Hr. Freyre-Duban, der einflussreichste Minister und die Seele des Projektes, bestand darauf, indem er erklärte, es liege im Interesse des Landes, die Wage gleich zu halten zwischen Frankreich und Preußen (1), und er wolle nicht genöthigt sein, späterhin der letzteren dieser Mächte einen Vortheil zuzugestehen, der demjenigen gleich wäre, den er ersterer zugehanden hätte. Er brachte außerdem noch militärische Gründe zur Geltung und fügte hinzu, man werde in Berlin gewiß die Bemerkung machen, daß, wenn eine französische Kompagnie Beförderer der ganzen Linie bis nach Luxemburg wäre, Frankreich im Kriegsfall seine Truppen direkt bis an die deutsche Grenze führen könnte. Diese Ansicht war einer Prüfung nicht gewachsen. Zuwiderstößt weil das

seit lange vorbereitete und bekannte Projekt durchaus nicht Anlaß zur Reklamation von Seiten der europäischen Kabinete gegeben hatte, so dann weil Belgien, welches neutral ist, das Recht und die Pflicht hatte, die Truppen der Kriegführenden zu verhindern, durch sein Gebiet zu gehen, auch wenn die Eisenbahnlinie einer dieser Mächte angehöre würde. Was die strategische Frage betrifft, so traf es sich leider so, daß der Kriegsminister, General Renard, der einzige im Kabinete, der nicht blindlings der Politik des Hrn. Frère-Orban folgt, bedenklich erkrankt war, als der Zwischenfall sich darbot und deshalb nicht an der Beratung Theil nehmen konnte.

Hr. Frère-Orban und seine Kollegen machten aus dem Geſetz eine Kabinetsfrage. Wenn der König ihre Demission annahm, so müßte er die Kammern auflösen; aber man weiß, welche Mittel die Partei, die in Belgien am Ruder ist, anwendet, um bei den Wahlen den Sieg davonzutragen, und welchen erbitterten Krieg sie gegen ihre Gegner führt. Wenn das Kabinete von neuem die Majorität hatte, so würde die Frage bedenklischer, denn sie zog das Land mit in den Streit hinein, und das ist es, was man zu wünschen sieht. Angesichts dieser Eventualität wollte der König, ungeachtet der Bedenklichkeit der Lage, sich nicht von seinen Ministern trennen. Seitdem hat Hr. Frère-Orban dem Senat erklärt, daß der Zwischenfall nichts mit der Politik zu thun habe und daß er sich nur um ökonomische Fragen drehte. Frankreich, welches dem Kabinete auf diesem Boden folgte, bietet ihm an, Konferenzen zu eröffnen, um redlich selbusthellen, daß die Interessen der beiden Länder dieselben sind, und über diesen Punkt hat man noch zu keinem Kompromiß gelangen können. Baron v. Beyens, der seit langer Zeit in Paris wohnt und die Bestimmungen der Regierung Frankreichs kennt, hat sich nach Brüssel begeben, um mit seiner Regierung zu konferieren und sie auf's Kaufende der wirklichen Sachlage zu setzen. Man weiß, daß er zurückgekommen ist, und man versichert, daß Hr. Frère-Orban und seine Kollegen demnach dabei beharren, der Bahn zu folgen, die sie einmal eingeschlagen haben. (Vergl. London, Tel.)

Wie man demselben Blatt aus Madrid mittheilt, wäre dort der Versuch gemacht worden, 6- bis 7000 Soldaten, welche die Kaserne der Guardia bewohnen, zu vergiften. Die Ueberwachung eines Offiziers hätte das Komplott vereitelt. Am 6. d. M. sei in derselben Kaserne der Guardia, der größten von Madrid, Feuer angelegt worden. Das Feuer brach gleichzeitig an vier Punkten aus; das Dach, die Ställe, die Magazine, Alles war in einem Augenblick ein großes Feuer. (Wertwürdiger Weise hat der Telegraph von Alledem nichts berichtet; es wird also entweder ganz oder zum größten Theil ungründet sein.)

Dem „Gaulois“ zufolge geht das Gerücht, Hr. Haubmann werde im Senat, wenn dort das Geſetzprojekt, die Stadt Paris betreffend, vorgelegt werden wird, gegen Hrn. Rouher, der ihm im Geſetzgeb. Körper so übel mitgespielt, arge Vergeltung üben. Man behauptet namentlich, daß Hr. Haubmann vollkommen in der Lage sei, zu beweisen, daß die Idee der Delegations-Bons, die der Staatsminister so lebhaft kritisierte, ihm von Letzterem selbst eingegeben worden sei.

Man erinnert sich des Aufsehens, welches vor mehreren Jahren die Beschlagnahme der Exemplare der „Geschichte der Prinzen von Condé“ machte, die den Herzog von Anjou zum Verfasser hat. Die Herausgeber, welche die konfiszierten Exemplare zurückverlangten, wandten sich an die Gerichte und durchließen alle Instanzen, ohne sich Recht verschaffen zu können. Die Angelegenheit drohte heute in anderer Form wieder vor die Justiz zu kommen, nämlich als einfache Klage auf Eigenthumsverletzung gegen die Regierung. Der „Siècle“ erfährt nun, daß die Regierung diesen neuen Prozeß, dessen Ausgang für sie sehr zweifelhaft war, nicht hat abwarten wollen, und daß der Minister des Innern die Gesamtheit der vor 6 Jahren unter dem Ministerium Persigny mit Beschlag belegten Bände den Herausgebern unter Ertheilung der Befugniß zurückerstattet hat, dieselben in Paris öffentlich zum Verkauf anbieten zu dürfen. Man spricht sogar davon, daß der Minister den Verlegern angeboten habe, sie für alle Kosten ihres ersten Prozeßes zu entschädigen. — Rente 70.75, Cred. mob. 282.50, ital. Anl. 54.65.

* Paris, 10. März. Wie der „Etenard“ meldet, geht die belgische Eisenbahnfrage einem zufriedenstellenden Ausgang entgegen.

Spanien.

* Madrid, 10. März. Der „Imparcial“ meldet, daß die Regierung an General Dulce, Generalkapitän von Cuba, den Befehl telegraphirt hat, er solle die Ausführung aller gegen die Insurgenten verhängten Todesurtheile suspendiren.

Rußland und Polen.

Wie bereits erwähnt, sind nun auch russischer Seits die diplomatischen Aktenstücke zur türkisch-griechischen Frage neuester Phase amtlich durch den „Reg.-Anz.“ veröffentlicht worden. Wir entnehmen daraus:

Am Tag, wo die Erklärung der Konferenz in St. Petersburg eintraf, sendete Fürst Gortschakow dem russischen Gesandten in Athen die Weisung, dem König von Griechenland mitzutheilen, daß der Kaiser die Annahme der Deklaration, welche die Würde und die Interessen Griechenlands nicht beeinträchtigt, sicher erwarte. Zwei folgende Telegramme wiederholten dieselben Rathschläge für Griechenland. Eine Depesche des Fürsten Gortschakow an den russischen Botschafter in Paris, Grafen Stalberg, vom 17. Febr. 1868, sagt, daß die Kabinete von Paris, London, Berlin und Florenz für die gütliche Beilegung der Streitigkeiten seien und daß der Kaiser Alexander sich namentlich darüber beglückwünsche, in diesem Bestreben mit dem Kaiser Napoleon übereinzustimmen. — Eine Depesche des Fürsten Gortschakow an den russischen Botschafter in London, Baron v. Brunnow, lautet: „Erklären Sie Lord Clarendon, daß es nach der Ansicht des Kaisers das Recht, die Pflicht und das Interesse der Großmächte ist, durch diplomatische Verhandlungen zu interveniren, um der Pforte auf dem Weg, den sie betreten, Halt zu gebieten und eine Entwicklung der Krise, welche für den allgemeinen Frieden bedrohlich ist, zu verhindern. Fügen Sie hinzu, daß wir dieselben Vorschläge den Kabinetten von Berlin, Florenz, Paris und Wien machen.“ Ein Telegramm des Fürsten Gortschakow an den Grafen Stalberg vom 23. Dez. 1868 lautet: „Sollte die Türkei zur Konferenz zugelassen werden, so würde Griechenland denselben Anspruch haben. Da die Konferenz ein Schiedsgericht sein soll, so würde es gegen alle Billigkeit sein, eine der frei-

tenden Parteien zur Theilnahme an derselben zuzulassen.“ — In einem neueren Telegramm des Fürsten Gortschakow an den Grafen Stalberg vom 10. Jan. 1869 heißt es: „Wir haben auf telegraphischem Weg dem Kabinete von Athen den Rath erteilt, nicht mehr auf der Gleichstellung mit der Pforte bei der Konferenz zu bestehen; doch glauben wir, daß die Forderung Griechenlands auf den ersten Prinzipien der Billigkeit begründet ist.“ — Ein vom 12. Jan. 1869 datirtes Telegramm des Fürsten Gortschakow an den Grafen Stalberg, den Baron v. Brunnow und den russischen Gesandten in Berlin, v. Dubril, lautet: „Da der Frieden eine Wohlthat ist, welche allgemein gewünscht wird, so sollte unserm Erachtens der Bevollmächtigte Griechenlands dadurch, daß er sich von der Konferenz zurückzieht, nicht die Bemühungen der Großmächte hemmen.“ Ferner eine Depesche des Fürsten Gortschakow an den Baron v. Brunnow vom 13. Jan. 1869: „Man richtet gegen Rußland die Anklage, daß es die Konferenz scheitern lassen wolle, obgleich man doch weiß, daß dieselbe aus der Idee des Kaisers hervorgegangen ist. Wir wünschen eine schnelle, aber den Forderungen der Billigkeit entsprechende Lösung. Wenn die Mächte sich nicht zu der Höhe ihrer Aufgabe erheben und sich von untergeordneten Rücksichten beherrschen lassen, wenn es ihnen nicht gelingt, einen Kampf zwischen der Türkei und Griechenland zu verhindern, dann würden wir nicht dafür einstehen können, daß, ungeachtet unserer friedlichen Bestrebungen, im Orient ernste Bewegungen zum Ausbruch kommen.“

St. Petersburg, 1. März. Wie hiesige Blätter mittheilen, haben M. Herzen und sein Kampfgenosse Gagarin die Erlaubniß zur Heimkehr nach Rußland beim Zaren nachgesucht. Herzen hat, im Fall ihm der Eintritt in das Land seiner Geburt verweigert werden sollte, wenigstens um die Möglichkeit der Rückkehr für seine Kinder gebeten. Die russische Presse schlägt natürlich großes Kapital aus dieser „Befreiung“ der beiden „Revolutionäre“, die endlich, die Hohlheit ihrer Bestrebungen einsehend, kein anderes Gefühl empfunden hätten, als die Sehnsucht nach ihrem Vaterland.

Griechenland.

Man wird sich erinnern, daß, während die griechische Regierung es sich zu überlegen hatte, wie sie das türkische Ultimatum beantworten sollte, der freireiherische Blokadebrecher „Enosis“, vom türkischen Geschwader gejagt, in den Häfen von Syra flüchtete und dort vom Admiral Hobart gewissermaßen belagert wurde. Das französische Gelbdruck gibt nun durch eine Reihe von Aktenstücken näheren Aufschluß über diese Episode. Kaum war es in Athen bekannt geworden, daß die „Enosis“ in Syra blokirte liege, so entsandte die griechische Regierung ihre Fregatte „Hellas“ mit der Weisung, den türkischen Admiral zum sofortigen Abzug aufzufordern und, wenn derselbe sich weigere, ihn anzugreifen und in den Grund zu schießen, oder aber, wenn dies nicht gelinge, sich selbst in die Luft zu sprengen! Als der französische Gesandte dies erfuhr, ließ er sofort die Korvette „Forbin“ ebenfalls nach Syra dampfen, um die heroische Selbstopferung der „Hellas“ zu verhindern und sonstige gute Freundschafsdienste zu leisten. In der That verstand sich Hobart dazu, seine anfängliche Forderung, daß die „Enosis“ als Seeräuberschiff behandelt werde, zurückzugeben und dafür eine gerichtliche Klage beim königl. griechischen Prokurator in Syra zu erheben. Beide Parteien einigten sich dahin, die Korvette „Forbin“ als neutralen Boden anzunehmen und darauf ihre gerichtlichen Auslagen abzugeben. Als der Prokurator das Protokoll aufgenommen hatte, wurde Hobart erzwungen, die Rhede von Syra zu verlassen; er that dies aber erst am 21. Jan., nachdem der Komarch der Cykladen das ihm fast abgezwungene Versprechen gegeben hatte, die „Enosis“ so lange in Verwahrung zu halten, bis der Prozeß entschieden sei. Inzwischen hat die Konferenz den Hauptzweck geschlichtet, aber jener Prozeß schwebt noch immer.

Großbritannien.

* London, 9. März. Sitzung des Oberhauses vom 8. März.

Der größte Theil der Verhandlungen wurde durch eine von Lord Russell angeregte Erörterung über das Volksschulwesen in Anspruch genommen.

Nach einer Hindeutung auf die vom Parlament für den Volkunterricht votirten Summen ging der Earl dazu über, die mit solchen Mitteln erzielten Erfolge mit denen anderer Staaten zu vergleichen und gab der Ansicht Ausdruck, daß England und Irland bezüglich ihrer Schulen weit hinter Deutschland und den Neu-England-Staaten der Union zurückblieben. Allerdings habe das System, neuzugründende Schulen unter bestimmten Bedingungen aus Staatsmitteln zu unterstützen, wohlthätige Früchte getragen, allein die Fähigkeit der Grundbesitzer, wo es sich darum handle, den Volkunterricht zu fördern, werfe noch immer eine zu große Bürde auf den Klerus, und es fehle daher an manchen Orten noch ganz und gar an Schulen. Im nächsten Jahr — meinte der Redner — werde es notwendig werden, daß die Regierung sich in dieser Angelegenheit für einen allgemeinen Plan entscheide, in welchem nach seiner Meinung Staatszuschüsse einen hervorragenden Platz einnehmen müßten. Dabei werde dann auch die Frage, konfessioneller oder nichtkonfessioneller Unterricht zur Erwägung kommen, eine Frage, die in England einen andern Anschein gewinne als in Irland. Während in England der Staat zu den Schulfonds 40 Proz. beitrage und die übrigen 60 Proz. aus Privatbeiträgen zuströmen, trage der Staat in Irland volle 93 Proz. und habe daher ein entschieden größeres Recht, auf Ausföhrung seines Planes (nichtkonfessioneller Unterricht) zu bestehen. Trotzdem habe der katholische Klerus fortwährend seine Ansprüche auf konfessionelle Schulen behauptet, selbst in Distrikten, wo die protestantische Bevölkerung beträchtlich zahlreich sei und die nach den Religionen getrennten Schulen der Eintracht unter dem Volk sehr im Wege ständen.

Earl de Grey, als Konfessionspräsident und Haupt der Unterrichtsbehörde, erklärte, die Regierung habe keine Vorlage über das Schulwesen eingebracht, weil der Erfolg doch vorerhand hoffnungslos sei, und vertheilte das heutige System als das Beste, was man unter den Verhältnissen thun könne. Der Herzog v. Marlborough, konservativer Amtsvorgänger des Earl de Grey, wies die konfessionellen Schulen in England und äußerte sich gegen alle Eingriffe der Regierung. Von den übrigen Rednern, die sich über denselben Gegenstand noch vernahmen ließen, erwähnen wir noch Lord Lyndeborn und den Marquis of Salisbury, die Beide nicht zugeben wollten, daß

Verbesserungen im Schulwesen einen günstigen Einfluß auf die Moralität üben und eine Verminderung der Verbrechensstatistiken herbeiführen sollten; doch glaubte der Marquis of Salisbury, daß der Pauperismus allerdings bei besserem Unterricht abnehmen werde.

London, 9. März. Die Königin ist hier aus Windsor eingetroffen. — Die von Russell Gurney, Heablam und Jacob Bright eingebrachte Bill behufs des Eigenthumsrechtes verheirateter Frauen ist nunmehr veröffentlicht worden. Ihr zufolge sollen verheiratete Frauen hinsichtlich des Eigenthumsrechtes, des Rechts, Kontrakte abzuschließen, gerichtliche Klage zu führen und verklagt zu werden, mit den unverheirateten auf gleichen Fuß gestellt werden. Frauen, welche vor der Inkraftsetzung der Akte verheiratet und nach derselben Eigenthum erworben haben, sollen dieses behalten, als wenn sie unverheiratet geblieben wären. Das Verdict einer verheirateten Frau ist ihr Eigenthum. Ein Gatte ist für Schulden seiner Frau, welche vor der Heirath kontrahirt wurden, nicht verantwortlich, noch auch zu Schadenersatz für ein durch sie zugefügtes Unrecht verpflichtet. Stirbt eine Frau, ohne ein Testament zu hinterlassen, so erbt ihr Mann denselben Antheil an ihrem persönlichen Eigenthum, den eine Frau im ähnlichen Falle nach dem Tod ihres Mannes erhalten würde. Dem Manne steht die nominelle Vertretung des Eigenthums seiner Frau vor dem Publikum zu. Differenzen zwischen Frau und Mann über das persönliche Eigenthum sollen auf summarischem Wege entschieden und beide Parteien ermächtigt werden, irgend einen Richter des Kanzlei- oder Grafschaftsgerichts um seine Entscheidung anzugehen. Wenn eine Frau ihrem Manne die Empfangnahme ihrer persönlichen Einkünfte gestattet, ist dieser nicht zur Rechnungsablage verpflichtet. Die Akte soll mit dem ersten Januar kommenden Jahres in Kraft treten und sich nicht auf Schottland erstrecken.

Bermischte Nachrichten.

— Aus Gottha, 8. März, schreibt Dr. Petermann: „Die zweite deutsche Nordpolars-Expedition, für deren Zustandekommen Vorbereitungen seit vorigem Herbst im Gang gewesen sind, ist bestimmt, von Bremerhaven aus in der ersten Woche des Juni, wo möglich am 1. Juni, in See zu gehen. Sie wird aus zwei Schiffen bestehen, einem Schraubendampfer von 120 Tonnen und 30 Pferdekräften und dem Schiff der ersten Expedition, einer Segelacht von 80 Tonnen. Dieje wird den Namen „Grönland“, das neue Schiff den Namen „Germania“ führen. Zweck und Ziel dieser Expedition sind dieselben wie beim vorjährigen Versuch, nämlich: Erforschung und Entdeckung der arktischen Zentralregion von 75° n. Br. an auf der Basis der östgrönländischen Küste. Aber sie wird diesmal nicht eine bloße nautische Sommerfahrt sein und auf die Monate Juni bis September beschränkt werden, sondern sie wird eine verhältnißmäßig reiche wissenschaftliche Ausrüstung erhalten, in möglichst hoher Breite eine Ueberwinterung effectuiren und voraussichtlich erst im Oktober 1870 heimkehren. Die „Grönland“ jedoch, die als Begleit- und Transportschiff fungiren, sowie zur Kommunikation zwischen der Expedition und Europa dienen wird, soll schon zum kommenden Winter zurückkehren und alle bis dahin (Oktober?) erlangten Resultate und verarbeiteten Sammlungen heimbringen. Das Hauptschiff, als völlig unabhängig in sich, soll zu geeigneter Zeit im Herbst 1870 nachfolgen. Die ganze Expedition wird unter dem Befehl des Kapitäns R. Kolbe stehen, der sich im vorigen Jahre in jeder Beziehung so trefflich bewährt hat, als Seemann wie als Mann der Wissenschaft und als ein ausgezeichneter Charakter voll Muth, Ausdauer und Hingabe für die Sache. Umher ihm werden ein Obersteuermann, Untersteuermann, Maschinenf. Heizer, Zimmermann, Koch, Steward und fünf Matrosen die Schiffsmannschaft bilden. Die wissenschaftliche Seite ist zunächst vertreten durch zwei Astronomen und Physiker, die H. Börgen und Gopeland von der Königl. Sternwarte in Göttingen, den ausgezeichneten Hochgebirgs-Forscher und Gletscherfahrer Oberleutnant Julius Bayer aus Wien, von der k. k. österreichischen Armee (für Geologie, Detailaufnahmen und Gletscherforschungen), und einen Arzt (hauptsächlich Chirurg), der die Zoologie vertritt, — noch nicht definitiv ausgewählt. Das ganze Personal auf dem Hauptschiff wird demnach aus 17 Mann bestehen. Die Besatzung und wissenschaftliche Begleitung der „Grönland“ ist noch nicht genau festgestellt.“

— Braunschweig, 9. März. Die Braunschweiger Bank zählt pro 1868 7 Proz. Dividende.

Badische Chronik.

* Ultramontaner Kommunismus. IV.

Da liegt vor uns eine zweite Schrift, betitelt „Die soziale Gefahr der Arbeiterfrage und die Möglichkeit deren Abwendung“. Der Verfasser ist anonym; seine Schreibweise erinnert lebhaft an Alban Stolz oder auch Hägels. Die Schrift ist in Wien erschienen und auf Veler berechnet, wie sie sich etwa in jener Großstadt und überhaupt in den österreichischen Erblanden unter den mittleren und niederen Ständen in hinlänglicher Menge vorfinden mögen.

Wenn der Hr. Bischof von Mainz noch auf ein Publikum rechnen und sich dessen Anschauungen anbequemen muß, welches doch schließlich mitten im Strom einer hochentwickelten Kultur steht, und wenn er die öffentliche Kritik, welcher er sich aussetzen muß, auch nicht ganz außer Acht lassen kann; wenn er demgemäß sich hätte, gewissen, zum Eigenthum der Gesamtheit gewordenen Sätzen und Begriffen entgegenzutreten, z. B. der individuellen Freiheit, der Wünschbarkeit eines regen und stets gesteigerten Verkehrs — so hat der Wiener kirchliche Nationalökonom keine derartigen Rücksichten zu nehmen. Er verlangt mit bürren Worten die Wiederherstellung der absoluten Monarchie, welche ihrerseits wiederum von der Kirche gelenkt werden soll. Er will die Eisenbahnen und Telegraphen zerstört, die Fabriken dem Erdboden gleichgemacht wissen. Das heillose Erfinden muß ein Ende nehmen, der Menschengott in demjenigen Zustande, welchen die Mutter Kirche für den zuträglichen hält, eingepökelt werden. Wie er sich die Lage der Arbeiter in diesem Zukunftsstaate denkt, werden wir weiter unten hören. Kurz, dies ist sein Ziel, sein Ideal. Wie dasselbe erreichen? Schöne Ueber-

einmündig gleichgestimmter Seelen! Auch er will gleich
Hrn. v. Ketteler Produktiv-Assoziationen gründen und das
Geld dazu durch freiwillige Spenden kirchlich-gestimmter Kapi-
talisten beschaffen wissen. Es gebe noch solche Leute genug,
meint er, und auch wir zweifeln keinen Augenblick, daß die
Aufbringung der Mittel nicht der schwierigste Theil bei den
Bestrebungen des frommen Genossenschaftsmannes sein wird.
Die Kirche hat in dieser Hinsicht stets eine große Kunstfertig-
keit besessen, und ihre Verfahrungsweise ist bekanntlich ebenso
mannigfaltig wie wirksam. Nun müssen mit diesem Gelde An-
stalten gegründet werden, welche mit den bestehenden Fabriken
zu konkurriren haben, und es ist also zunächst leider nicht zu
vermeiden, das verdammliche Fabrikwesen für die eigenen
Zwecke zu benutzen, bezw. herzurichten. Vom Ertrag muß
ein bescheidener Kapitalzins bezahlt und vom Reste 20 Proz.
zu wohltätigen Anstalten der Fabrikgenossenschaft verwendet
werden; die übrigen 80 Proz. kommen unter die Genossen zu
gleichmäßiger Verteilung. Ueberdies beziehen dieselben nach
Maßgabe ihres Fleißes und ihrer Brauchbarkeit einen ver-
hältnismäßigen Arbeitslohn. Nun kommt das Schönste.
An der Spitze der Anstalten stehen je drei bis
fünf Mitglieder eines katholischen Ordens.
Wörtlich heißt es hierüber weiter: „Die Direktion des gan-
zen Geschäftes ist in ihre Hände gelegt; sie nehmen die
Arbeiter auf und entlassen sie, wenn sie eine
Entlassung für notwendig erachten; sie be-
messen den Tagelohn für jeden Arbeiter, nach
dem Werthe seiner Leistung, seiner Geschicklichkeit und seinem
Fleiß; sie besorgen den Ankauf der Rohstoffe und den Absatz
der Fabrikate; sie führen unter der Kontrolle des
Ordensoberen die ganze Verwaltung; Einnahmen und
Ausgaben gehen allein und ausschließlich durch ihre Hände;
mit einem Worte: sie nehmen gegenüber dem an der Fabrik
interessirten Kapitalisten — mag es das Alerar oder ein Pri-
vatmann sein — sowie den Arbeitern unbeschränkt die Stelle
des gegenwärtigen Fabrikherrn ein; ihnen liegt aber ferner
noch ob, das physische und moralische Wohl der Arbeiter und
ihrer Familien zu überwachen, Schule, Waisen- und Kran-
kenhaus zu leiten und Hilfe zu spenden, wo sie nöthig ist.“
Wo die oben erwähnten 20 Proz. bleiben, das ersehen wir
also hieraus sehr deutlich. Und zur Krönung des Gebäudes
wird bemerkt, daß unter gewissen Umständen auch Nonnen
sehr geeignet sein würden, die Leitung derartiger Anstalten
zu übernehmen.

Man hält dies vielleicht für einen gut (oder schlecht) er-
sonnenen Faustnahtschmerz; aber man würde Unrecht thun —
es steckt ein furchtbarer Ernst dahinter. Für so absolut ur-
theilsunfähig wird ja wohl Niemand die Leute halten, mit
denen wir es hier zu thun haben, als glaubten dieselben mit
ihren Kapuziner-Etablissements auf die Dauer konkurriren
zu können gegen Unternehmungen, an deren Spitze ein Doll-
fus, Borsig, Krupp u. A. stehen. Offenbar ist das gar nicht
die Meinung. Die ganze Fabrik-Industrie zu ruiniren;
darum handelt es sich ihnen; zu diesem und zu keinem ande-
ren Zweck wollen und müssen sie selbst festen Fuß fassen in
der Industrie. Die weitere Rechnung ist dann folgende. Es
wird ja wohl nicht ausbleiben, daß wieder einmal irgend eine
Krisis hereinbricht und die Lage der Industrie erschwert, oder
daß Kriegsbefürchtungen (wohl gar der Krieg selbst) den
Aufschwung der Geschäfte dauernd hindern. Dazu kommt die
„Arbeiterfrage“, deren Ausnutzung in erster Linie der licht-
feindlichen Bestrebungen steht, von denen wir reden. Eine
solche allgemeine Krisis nun, verbunden mit gährender Unzu-
friedenheit unter dem Arbeiterstande und mit noch Anderem,
auf welches wir gleich zu sprechen kommen, soll den geeigneten
Boden geben, auf welchem der Hebel jener Kapuziner-Fabriken
sich wirksam erweisen und in einem bestimmten Lande die
Großindustrie in die Luft sprengen soll. Was dann weiter?
Um uns darüber klar zu werden, müssen wir die allgemeinen
Zwecke noch etwas bestimmter in's Auge fassen, welche das
letzte Ziel der kirchlichen Nationalökonomie sind.

Eingestandenener Waise ist die kirchliche Herrschaft, und
zwar die kirchliche Herrschaft in möglichster Unbedingtheit, ihr
Ideal. Freisinnige und protestantische Geschichtsschreiber
sind ihrer Zeit unbefangener gewesen, eine gewisse sitti-
liche Berechtigung der Idee anzuerkennen, welche dem Welt-
herrschaststreben der mittelalterlichen Päpste zu Grunde lag.
Sie hört sich gar nicht so übel an, die Rede von einem
milderen und stützenden Einflusse, von einer Art Schieds-
richteramt der Kirche; es hat einen Sinn, wenn der Religion,
diesem geistigsten und daher edelsten Theile der Mensch-
natur, die Berechtigung zur Herrschaft auch über alle die
verschiedenen Formen des weltlichen Lebens zugesprochen
wird. Die Erfahrung hat indessen über diese Dinge gerich-
tet. Weder hat es sich als möglich erwiesen, den theokratischen
Staat in's Leben zu rufen, noch sind die Wirkungen da, wo
er in annähernder Reinheit durchgeführt war, von der er-
freulichen Art gewesen, welche uns das Scheitern jener Ver-
suche bebauern lassen müßte. In allen diesen Fällen wurde
der öffentliche Wohlstand zu Grunde gerichtet, die Elastizität
der Menschennatur gebrochen; und was man sich von
Vortheilen versprochen hatte: Stabilität der politischen Zu-
stände und Förderung der Sittlichkeit, überhaupt der wahren
Religiosität — das trat erst recht nicht ein. Nirgendwo sind
die politischen Zustände so an der Tagesordnung, wie in
den Ländern, die sich eines hohen Maßes geistlicher Herrschaft
erfreuten, und nirgendwo ist die Frömmigkeit eine mehr
äußerliche, die sittliche Empfindung kaum beruhende. Was
folgt hieraus? Für uns, daß diese Dinge abgethan sein sol-
ten auf immer; für unsere Gegner — daß immer noch nicht
genug gesehen war, um den Menschen materiell und geistig
in Banden zu halten, daß alle Geistesstrahlen des Mittel-
alters, ja diejenige des Islam und, wo möglich, diejenige des
alten Egypten und Indiens noch übertrumpft werden muß.
Das ist eine unausweichliche logische Folgerung. Wenn der
ganze moderne Staat in Grund und Boden nichts taugt, wenn
Alles angedorrt werden muß, was seit seiner Lösung von
der Kirche und dem hierdurch erst ermöglichten Aufschwunge
auf allen Gebieten des politischen, geistigen und wirtschaft-

lichen Lebens entstanden ist: so muß doch die nachfolgende
geistliche Herrschaft ihre Zügel noch viel fester anziehen, da-
mit die Erscheinungen der Gegenwart nicht wiederkehren
können, und zwar darf dies nicht etwa vereinzelt, sondern
muß in thunlichster Allgemeinheit geschehen. Alles oder
Nichts! Das ist hier die Lösung.

Von diesem Standpunkt aus erkennen wir plötzlich den
Zusammenhang in dem scheinbar so widerspruchsvollen Ge-
bahren des Ultramontanismus. Für ihn handelt es sich
darum, allen denjenigen Staaten und sonstigen Formen des
öffentlichen Lebens ein Ende zu machen, die nicht für seine
hochgesteckten Ziele verwendbar sind. Was irgendwie
eine Kraft zu bieten scheint, mittelst deren an Untergra-
bung und Zerstörung der gegenwärtigen Zustände gear-
beitet werden könnte, das muß sorgfältig gehegt und ge-
pflegt werden, während andererseits in denjenigen Staa-
ten, welche sich zunächst noch als Träger der politisch-
sozialen Ziele des Ultramontanismus geeignet erweisen, die
Grundprinzipien thunlichst aufrecht erhalten werden müssen,
auf denen der theokratische Staat der Zukunft ruhen soll.

Da sind zunächst die Arbeiter. Nie hat ein Sozialdemokrat
das Elend und die Hoffnungslosigkeit der Lage des Fabrik-
proletariats mit so glühenden Farben geschildert, wie die
Männer der Kirche dies mit Vorliebe thun. Auch das Schrift-
chen, welches uns heute als Ausgangspunkt diente, macht keine
Ausnahme hiervon. Die Arbeiter, wird uns versichert, seien
unendlich schlimmer daran als Sklaven, für deren leibliches
Wohl zu sorgen der Herr doch ein Interesse habe; Millionen
würden in diesem grausamen Dienstzwang dahingeschlachtet
und Millionen stets wieder in ihn hineingezwungen. Es sei
daher in keiner Weise zu verwundern, wenn die Arbeiter diese
Ketten wie immer, sei es auch mit Gewalt und unter Zer-
trümmerung alles Dessen was besteht, zu sprengen suchten.
Nun, wenn die Arbeiter ihre Ketten sprengen, d. h. die Grund-
lagen unserer Kultur — vielleicht mit Hilfe fanatisirten Lan-
devolks — in einen Trümmerhaufen verwandelt, die Tyrannei
des Kapitals und die Herrschaft des Maschinengetrums zer-
stört haben: dann wird die Kirche liebevoll ihre Arme öffnen
und bereit sein, die Getreuen in das Paradies des kirchlichen
Kommunismus einzuziehen zu lassen. Wie dasselbe beschaffen
sein wird, das haben wir oben gehört. Und damit die Leute
nicht etwa mit falschen Vorstellungen behaftet werden, so ist
man in Oesterreich ultramontaner Seite eifrig bemüht, die
überhandnehmenden Freiheiten jeder Art zu beschneiden und
in der Entwicklung zu hindern; man hat nicht gehört, daß
Seitens dieser Partei irgend ein Versuch gemacht worden
sei, die politische Freiheit des Arbeiters zu erkämpfen
oder die Verbesserung seiner sozialen und wirtschaftlichen
Lage praktisch in die Hand zu nehmen, während über das
Gegentheil Verschiedenes zu berichten wäre. Wenn trotzdem
und trotz der wenig lockenden Aussicht, welche die Kapuziner-
besopis dem Arbeiter zu bieten scheint, auf Erfolg gehofft
wird, so kann dies offenbar nur dahin zu verstehen sein, daß
unsere kirchlichen Volkswirthe auf die schlechtesten Seiten der
Menschennatur: Neid, Zerstörungslust, Trägheit spekuliren.
Vor Allem aber nicht zu vergessen jene Dummheit, mit wel-
cher „Götter selbst vergebens kämpfen“ und welche schon so
oft die Massen gegen ihre Freunde verblendet und ihren
Feinden in die Arme gejagt hat. Von der Würschbarkeit
besserer Schulen ist nirgendwo die Rede in dem Büchlein da
vor uns!

Da sind weiter gewisse Elemente des Bürgerstandes. Unser
Büchlein schweigt zwar hiervon; dem Bürgerstand werde, so-
weit es nöthig sei, durch die katholischen Gesellenvereine ge-
holfen, wird im Eingang versichert. Aber in Baden sind
wir ja über die Mittel, welche angewendet werden, um auch
im Bürgerstand den Weizen von der maßbürgerlichen Syren
zu sondern, hinlänglich unterrichtet. Zum Ueberflus stimmt
der „Bad. Beobachter“ in den jüngsten Tagen wiederholent-
lich Klageklagen an über die Aufhebung der bayerischen Real-
rechte, welche eine aus purer Gehässigkeit gegen den Bürger-
stand vollzogene Beraubung desselben gewesen sei. Wir sehen
also auch hier, wo die Sache hinaus will. Auch beim Bürger
sind es die schlechten Eigenschaften, auf welche abgehoben
wird: solche Leute, die sich in gemächlicher Ruhe vom Publikum
eine Rente zahlen lassen, die sind Futter für den Ultramon-
tanismus. Ebenso sehen wir auch hier, daß es in Wirklich-
keit kommunistische Ziele sind, welche diese Partei ver-
folgt, freilich von jener besonderen, auch sonst schon
dagewesenen Art des Kommunismus, die auf Beraubung
aller Andern zu Gunsten gewisser Klassen oder Stände hinaus-
läuft. Der medienburgische Feudalismus, mit seiner Ver-
fügung über die Staatseinkünfte zu Gunsten des Adels, ist
ein Kommunismus; die Fabriken unseres Wiener Schrift-
chens unter schrankenloser Leitung eines geistlichen Ordens
sind Kommunismus; und die Realrechte, welche in dem Staat
der Zukunft ohne Zweifel hergestellt werden sollen, sind eben
auch nichts mehr und nichts weniger als ein Kommunismus.
Natürlich werden alle diese Rechte nur auf Wohlverhalten
verlichen sein, und es löst sich also Alles in die eine höhere
Weltordnung auf, wo die schönsten Erdengüter sich in der
Hand des Klerus befinden und jedem Stand sowohl wie
jedem Einzelnen ein so großer Antheil zugemessen wird, als
die Kirche für passend hält.

Aber das sind bodenlose Phantastien, wird man sagen; die
Dinge liegen doch wahrlich nicht so, daß eine Verwirkli-
chung dieser wahnwitzigen, hinderverbrannten Pläne nur
im Bereich der Möglichkeit läge. Wir stimmen Dem voll-
kommen bei; auch wir halten es für schlechthin unbenk-
bar, daß der ungeheure, immer mächtiger sich ausbrei-
tende Strom der Zivilisation und Kultur durch so schwache
Mittel, wie unsere Gegner sie zur Verfügung haben, zurückge-
dämmt werden könnte. Was wir jedoch immerhin für mög-
lich halten, das sind gewisse vorübergehende Störungen und
Gemmisse. Noch ist die Macht der Gegner vieler Orts eine
große, und die politische wie soziale Lage Europas läßt die
Besorgniß, es könnte der kirchliche Rückschritt noch einmal
Oberwasser bekommen, doch nicht als eine ganz leere erschei-
nen. Eine Thatsache ist es, daß in Frankreich, in Belgien,

vielleicht auch in England und Deutschland diese Richtung
Fortritte gemacht hat, und welchen Umfang dies annehmen
kann, ist schwer vorher zu sagen; und eine Thatsache ist es,
daß politische Ereignisse denkbar wären, unter deren Einfluß
wir sonderbare Dinge erleben könnten. Einstweilen lei-
stet der Ultramontanismus sein Möglichstes, einer seinen
Zwecken feindseligen politischen Entwicklung entgegenzuar-
beiten, überall Boden zu gewinnen und dort, wo er die
Herrschaft noch hat, sich in ihr zu befestigen. Mit letzte-
rem Punkt, der uns zugleich trefflichen Anlaß bietet zu Ver-
gleichungen zwischen den ultramontanen Paradiesen und den
schweiflichen, von der modernen Kultur geschaffenen Wüste-
neien, wollen wir diese Artikel schließen. Die Leser denken
wohl, es sei mit dem heute besprochenen Schriftchen der Gip-
fel des Blödsinns erstiegen; aber Geduld, es kommt noch
besser!

Karlsruhe, 11. März. Se. Königl. Hoheit der Großherzog
haben sich mit höchster Entschlossenheit vom 12. Febr. d. J. gnädigst
bewogen gefunden, den Stadtpfarrer Dekan Richm in Pforzheim auf
sein unterthänigstes Ansuchen, unter Anerkennung seiner langjährigen
treuen Dienste, in den Ruhestand zu versetzen; ferner
unterm 9. Dg. v. J. auf die höchstihrem Patronat unterliegende
katholische Pfarrei Heiligkreuzsteina, Delanats Weinheim, den Pfarr-
verweiser Karl Theodor Zerr in Mudau gnädigst zu ernennen, der-
selbe ist am 11. Febr. d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Karlsruhe, 9. März. (B. L.) Die Rheinthal-Bahn wird
vom Mühlburgerthor dahier bis gegen die Ziegelhütte bei Eggenstein
in gerader Linie ziehen und der Bahnhof wird dort an die Straße
nach Blankenloch, etwa 10 Minuten von Eggenstein, zu stehen kom-
men. Von da wendet sich die Bahn in sanftem Bogen und etwa 1/4
Stunde von Leopoldshafen vorüber nach Linkeheim, wo der Bahnhof
an den Weg nach Friedrichsthal zu liegen kommen wird. Von Lin-
kenheim führt die Linie mit scharfer Krümmung rechts nach Graben,
wo der Bahnhof unmittelbar am östlichen Ende des Ortes errichtet
werden dürfte, und nun zieht sich die Bahn wieder in ganz gerader
Linie und mit Haltstelle westlich bei Wiesenthal nach Waghäusel. Auf
der östlichen Seite von da legt sie sich in einer Contrelurve an das
Hochgebirge an und zieht an der Galtstalle Hohenheim vorüber nach
Schweibingen, wo der Bahnhof hart an der östlichen Grenze sich er-
heben wird. Von hier zieht die Linie fast geraden Weges nach Ne-
ckarau, welcher Ort einen Haltspunkt erhalten wird, und mündet so-
dann bei Mannheim am östlichen Theil des Rangirbahnhofs in die
Eisenbahn nach Heidelberg. Diese Richtung wird uns als diejenige
bezeichnet, welche zur Ausführung kommen dürfte.

Heidelberg, 10. März. (Schw. M.) Heute früh um 5 Uhr
starb hier der würdige Veteran der deutschen Staatswissenschaft, Karl
Theodor Welcker, in dem hohen Alter von 79 Jahren.

Ladenburg, 9. März. (Mannh. J.) Auch hier wird die Ein-
führung von Bürgerabend den Lebst betrieb und werden solche
vorausichtlich mit nächstem zu Stande kommen und zahlreiche Theil-
nahme finden.

Auf dem Anfangs dieser Woche stattgehabten Jahrmart zu
Marckdorf wurde einem Händler ein Glasloden mit ca. 40 goldenen
Boutons, im angeleglichen Werth von etwa 200 fl., von der Bude weg
entwendet. Ueber den Thäter konnte noch nichts ermittelt werden.

Karlsruhe, 10. März. (Schwurgericht.) Anklage gegen
Wilhelm Kreutel, Goldarbeiter von Bächenbrunn, wegen Ver-
suchs der Erpressung. Staatsanwalt Hr. Schloß, Verteidiger Hr. An-
walt K u s e l. Der Angeklagte, 28 Jahre alt, mehrfach wegen Kör-
perverletzung und wegen Widersehligkeit bestraft, verheiratet sich vor
5 Jahren mit Sophie Scheweke, der Tochter der Katharina Scheweke
von Bretten, welche Letztere auf dem Sperlingshofe bei Wilsbergingen
bei dem dort wohnenden Pfarrer Hog, Vorstand der freien lutherischen
Gemeinde, als Haushälterin in Diensten steht. Im Spätjahr 1867
zog der Angeklagte mit Familie selbst auf den Hof, benahm sich aber
dort so, daß er nach Verlauf eines Jahres wieder abziehen mußte; er
betrauf sich, mißhandelte seine Frau, und beschimpfte sie, seine Schwie-
germutter und den 63 Jahre alten Pfarrer, indem er ihnen Unsitlich-
keiten vorwarf. Er zog nach Wilsbergingen und beabsichtigte, als eine
wegen Mißhandlung seiner Ehefrau gegen ihn ausgesprochene 14tägige
Gefängnißstrafe vollzogen werden sollte, nach Amerika zu emigriren.
Um sich die Mittel dazu zu verschaffen, schickte er seine Frau wieder-
holt auf den Sperlingshof, um seine Schwiegermutter um 150 fl. für
ihn zu bitten; diese ließ sich aber auf nichts ein, und als Kreutel zum
dritten Mal geschickt hatte, ohne etwas zu erhalten, eilte er am
31. Dg. v. J., Nachmittags, mit einer Art bewaffnet, auf den Hof,
drang gewaltsam in das verschlossene Haus ein, und mißhandelte, Geld
fordernd und mit Leibschlagen drohend, seine Schwiegermutter durch
Siebe mit der Art derart, daß sie 14 Tage arbeitsunfähig wurde.
Auf Grund dieser Thatsache wurde Kreutel, der übrigens un-
mittelbar nach der That von einem zu Hilfe herbeigeeilten Manne
durch einen Schrottschuß lebensgefährlich verwundet wurde, jetzt aber
wieder hergestellt ist — des Verjuchs der Erpressung angeklagt. Zu
seiner Verteidigung wurde, und mit Erfolg, geltend gemacht, daß er
nicht die Absicht gehabt habe, einen unrechtmäßigen Gewinn zu ma-
chen, indem er habe annehmen können, daß ihm ein Anspruch auf
das Geld zustehe. Seine Ehefrau erklärte, als sie das erste Mal vom
Sperlingshofe zurückgekommen sei, habe sie ihrem Manne gesagt, wenn
er einen von Pfarrer Hog verfaßten Widerruf von Ehrenfränkungen
gegen diesen und die Scheweke unterzeichne, was auch geschah, be-
komme er das Geld, und diese Angabe wurde von einer beeidigten
Zeugin bestätigt.

Kreutel wurde von der Anklage der versuchten Erpressung freige-
sprochen und wegen im Affekt verübter Körperverletzung zu 3 Mona-
ten Kreisgefängniß verurtheilt.

Frankfurt, 11. März. — Uhr — Min. Nachm. Oesterr. Kredit-
aktien 280, Staatsbahn-Aktien 309, National 54 1/2, Steuerfreie
51 1/2, 1860r Loose 81 1/2, Oesterr. Valuta —, 4proz. bad. Loose —,
Amerikaner 86 1/2, Gold —.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 12. März. 1. Quart. 32. Abonnementsvor-
stellung. **Andreas Hoser**, Trauerspiel in 5 Akten, von
Zimmermann. Anfang 6 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

